

**Ausschuss für Inneres und Sport**

(50. - öffentliche - Sitzung am 2. Mai 2019)

**Beratungsthemen:**

1. **Die gute Idee eines „Rechtsschutzfonds für Einsatzkräfte“ mit Leben füllen - Einsatzkräfte nicht im Stich lassen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/2902](#)

Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände
- Landesfeuerwehrverband Niedersachsen e. V.

2. a) **Entwurf eines Reformgesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/850](#)

**dazu:** Eingaben 00600/02/18 und 00731/02/18

Der - federführende - Ausschuss führte den zweiten Beratungsdurchgang durch. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung der mitberatenden Ausschüsse, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 38 mit weiteren Änderungen anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, AfD

*Ablehnung:* GRÜNE, FDP

*Enthaltung:* -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Oetjen.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, die Eingaben mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfes für erledigt zu erklären und die Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

*Zustimmung:* SPD, CDU, AfD

*Ablehnung:* GRÜNE, FDP

*Enthaltung:* -

- b) **Für ein Niedersächsisches Gefahrenabwehrgesetz ohne Symbolpolitik und Generalverdacht**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/828](#)

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, AfD

*Ablehnung:* GRÜNE, FDP

*Enthaltung:* -

c) **Testphase zur Einführung einer Elektroschockwaffe (Taser) bei der niedersächsischen Polizei**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1086](#)

Das Ausschussmitglied der Fraktion der AfD beantragte, zu dem Antrag die Polizeigewerkschaften anzuhören. Der Ausschuss lehnte es ab, eine Anhörung durchzuführen.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP

*Ablehnung:* AfD

*Enthaltung:* -

d) **Einrichtung einer Regierungskommission - politische Versäumnisse in der Sicherheitsstruktur aufarbeiten und verbessern**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1385](#)

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, CDU

*Ablehnung:* GRÜNE, FDP

*Enthaltung:* AfD

e) **Können ein Mehr an Sicherheit und Datenschutz mit einer videobasierten Situations- und Gegenstandserkennung gleichermaßen verwirklicht werden?**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/3415](#)

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag unverändert anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, AfD

*Ablehnung:* GRÜNE, FDP

*Enthaltung:* -

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes und anderer Gesetze**

Gesetzesentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/154](#)

**dazu:** Eingaben

Ein Ausschussmitglied der Fraktion der CDU stellte den Änderungsvorschlag der Fraktionen der SPD und der CDU (Vorlage 24) zu dem Gesetzesentwurf in [Drs. 18/154](#) vor. Der - federführende - Ausschuss begann daraufhin mit der Beratung über diesen Änderungsvorschlag.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, zu dem Änderungsvorschlag in der Sitzung am 23. Mai 2019 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Angehört werden sollen die kommunalen Spitzenverbände und die beiden Dachverbände von Bürgerinitiativen gegen Straßenausbaubeiträge. Den Antrag der Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP, auch den Verband Wohneigentum und das Landvolk mündlich anzuhören, lehnte der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der Grünen, der FDP und der AfD ab.

Der Ausschuss kam überein, den Verband Wohneigentum, das Landvolk, den Bund der Steuerzahler, den Allgemeinen Verein für gerechte Kommunalabgaben in Deutschland,

Haus & Grund sowie den Mieterbund um schriftliche Stellungnahme zu dem Änderungsvorschlag in Vorlage 24 zu bitten. Der Ausschuss stellte den Fraktionen anheim, weitere Verbände zu benennen, die um eine schriftliche Stellungnahme gebeten werden sollen.

4. **Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zu Vorgängen im Nds. Ministerium für Inneres und Sport betreffend die sogenannte „Rathaus-Affäre“**

Bei Stimmenthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der Grünen und der FDP erklärte der Ausschuss einstimmig die nach dem Schreiben des Ministeriums für Inneres und Sport vom 18. April 2019 vorgelegten und von der Landesregierung als vertraulich gekennzeichneten Unterlagen gemäß § 95 a GO LT für vertraulich.